

ERKLÄRUNG

In obiger Pflegegeldangelegenheit nach dem Landespflegegeldgesetz (LPfGG) erkläre ich:

1. Neben dem Pflegegeld nach dem Landespflegegeldgesetz (LPfGG) erhalte ich

a) von der Pflegekasse oder einem privaten Pflegeversicherungsunternehmen Leistungen der Pflegeversicherung entweder in Form von Geld- oder Sachleistungen bei häuslicher Pflege (§§ 36 bis 39 SGB XI), und/oder Leistungen für Tages- oder Nachtpflege (§ 41 SGB XI) oder Leistungen für Kurzzeitpflege (§ 42 SGB XI) bzw. Leistungen bei vollstationärer Unterbringung (§ 43, 43 a SGB XI)

JA

NEIN

Ich bin eingestuft in Pflegegrad

b) zweckgleiche Leistungen (Geld- oder Sachleistungen) aus anderen Rechtsgründen (z. B. Pflegezulage in einer Rente, Beihilfe nach den Beihilfavorschriften des öffentlichen Dienstes):

JA

NEIN

Zahlende Stelle:

(Bitte den Bescheid zur Einsichtnahme beifügen)

2. Mein Gesundheitszustand hat sich seit der letzten Bescheiderteilung zu 1. a) oder 1. b) dauerhaft verschlechtert.

JA

NEIN

Mein Gesundheitszustand hat sich seit der letzten Bescheiderteilung nach dem Landespflegegeldgesetz (LPfGG) bzw. nach dem Gesetz über Pflegeleistungen dauerhaft gebessert.

JA

NEIN

Ich werde bei einer gesundheitlichen Verschlechterung umgehend einen Antrag bei der zuständigen Leistungsstelle, insbesondere bei meiner Pflegekasse, auf Leistungen bzw. auf Erhöhung der Leistungen stellen.

3. In der Zeit vom 1. Oktober 2017 bis 30. September 2018 befand ich mich in einer stationären Einrichtung / einer Einrichtung des betreuten Wohnens

JA

NEIN

vom

bis

Name der Einrichtung:

Kostenträger:

4. Ich halte mich gewöhnlich auf in (genaue Anschrift):

Mein 1. Wohnsitz lautet:

Mein 2. Wohnsitz lautet:

Ich verpflichte mich, dem oben genannten Bezirksamt künftig jede Aufenthaltsveränderung, auch die Aufnahme in ein Krankenhaus, Heim usw., umgehend mitzuteilen. Mir ist bekannt, dass zu Unrecht gezahltes Pflegegeld von mir zurückgefordert werden kann, wenn Tatsachen, die für die Gewährung des Pflegegeldes von entscheidender Bedeutung sind, wissentlich oder grob fahrlässig verschwiegen werden.

Datum

Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin
